

## **Bundesfrauenrat am 15. und 16.3.2014, Berlin**

### **Beschluss**

#### **Resolution:**

### **Hebammen brauchen jetzt unsere Unterstützung - die freie Wahl der Geburt muss gewährleistet bleiben**

Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN unterstützt die Hebammen bei ihrem Einsatz für die Sicherung ihres Berufsstandes.

#### **Hebammen sind wichtig - für die Frauen und ihre Familien.**

Hebammen sind ausgebildete Fachfrauen, die einen unschätzbaren Beitrag für die Frauen- und Familiengesundheit leisten. Sie begleiten Frauen und ihre Familien rund um die Schwangerschaft, Geburt und die Zeit danach. Dabei ist ihre Arbeit ein wichtiger Baustein für eine selbstbestimmte und sichere Geburt. Ihre Arbeit gewährleistet das Recht der Schwangeren zu entscheiden wie und wo sie ihr Kind auf die Welt bringen möchten. Dieses Recht ist im Sozialgesetzbuch festgeschrieben und doch gerät es immer mehr in Gefahr, da immer weniger Hebammen Geburtshilfe anbieten können.

#### **Die Rahmenbedingungen für Hebammenarbeit müssen verbessert werden.**

Freiberufliche Hebammen ziehen sich aus der Geburtshilfe zurück, weil sie die extrem gestiegenen Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen können. Jede freiberufliche Hebamme muss über eine Haftpflichtversicherung verfügen. Ab Juli 2014 wird der jährliche Versicherungsbeitrag für sie auf über 5000 Euro angehoben, was bereits eine oft nicht leistbare finanzielle Herausforderung für die Freiberuflerinnen bedeutet. Durch den Ausstieg der Nürnberger Versicherung aus den Versicherungskonsortien der freiberuflicher Hebammen in Deutschland, droht den Hebammen sogar der Wegfall jeglicher Haftpflichtversicherungsmöglichkeit. Das kommt einem Berufsverbot gleich!

Dabei ist nicht die Qualität der Arbeit der Hebammen Auslöser der steigenden Haftpflichtprämien. Es gibt keinen Anstieg der Schadensfälle.

Diese Entwicklung ist vor allem im Anstieg der individuellen Schadenssummen begründet. Die Ursachen dafür sind insbesondere die deutlich längere Lebenserwartung von Kindern mit Geburtsschäden, wesentlich höhere Schadensersatzsummen oder Schmerzensgeldzahlungen sowie Regressforderungen der Sozialversicherungsträger für medizinische Behandlung und Pflege oder Rentenzahlungen.

Die flächendeckende Versorgung mit Geburtshilfe ist nicht für alle Regionen gesichert.

Viele Geburtshäuser und kleinere Kreißsäle in Kliniken sind nicht mehr rentabel und schließen. In der Folge müssen Frauen weite Fahrten in Kauf nehmen, um die nächste Klinik mit Geburtshilfe zu erreichen.

Für die Frauen bedeutet dies, dass sie immer schwerer eine Hebamme finden, die sie zum Beispiel als Beleghebamme durchgehend während der Geburt betreut. Auch Frauen, die sich für eine Hausgeburt oder Geburt im Geburtshaus entscheiden würden, haben diese Möglichkeit oftmals nicht mehr, weil es einfach keine Hebamme gibt, die sie begleiten. Frauen verlieren dadurch ein ihnen garantiertes Selbstbestimmungsrecht. Auch deshalb müssen endlich Lösungen für bessere Rahmenbedingungen für die Hebammenarbeit gefunden werden.

#### **Die Bundesregierung muss jetzt handeln!**

Dass sich die Situation der Hebammen in den letzten Jahren immer weiter zuspitzt, ist als Problem lange bekannt. Und trotzdem hat die Bundesregierung nichts getan, um die Problematik zu

entschärfen.

Es braucht nun dringend eine Lösung, die einen weiteren Rückgang insbesondere der außerklinischen Geburtshilfe verhindert. Neben einer kurzfristigen Lösung für das Problem der stetig steigenden Haftpflichtversicherungsprämien gehören dazu auch Konzepte für neue Versorgungsformen. Es müssen zügig geeignete Handlungsansätze erarbeitet werden, die eine flächendeckende und qualitätsgesicherte Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen gewährleisten können. Darüber hinaus ist aber auch eine langfristig tragfähige Lösung des Problems steigender Beiträge zur Berufshaftpflichtversicherung erforderlich.

Gesundheitsminister Gröhe muss seinen Versprechen Taten folgen lassen und dem drohenden Berufsauflösung aktiv entgegenzutreten. Dazu braucht es weiterhin Druck von außen. Deshalb unterstützen wir die Aktionen des Hebammenverbandes.

Wir fordern die Bundesregierung und Bundesgesundheitsminister Gröhe auf,

- sich unverzüglich dafür einzusetzen, dass die Verpflichtung der Krankenkassen, die Kostensteigerungen durch die gestiegenen Haftpflichtprämien in der Vergütung der Geburtshilfe abzubilden, verbindlich eingehalten wird,
- sich gegenüber den Anbietern privater Berufshaftpflichtversicherungen dafür einzusetzen, auch künftig Versicherungsverträge, insbesondere Gruppenverträge für Hebammen, anzubieten;
- sehr bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der für eine begrenzte Übergangsphase zum Ziel hat, die Kosten der Berufshaftpflicht zu senken. Die dazu in Betracht kommenden Modelle, wie beispielsweise ein Haftungsfonds oder eine Regressbeschränkung müssen zügig geprüft werden;
- zügig eine Neuordnung der Regelungen zur Berufshaftpflicht für alle Gesundheitsberufe in Angriff zu nehmen, die in langfristiger Perspektive in Kraft treten soll.
- Zudem muss eine regelmäßige Bestandsaufnahme der geburtshilflichen Versorgung in Deutschland gewährleistet werden, um zu einer Verbesserung und zur Gewährung einer flächendeckenden und qualitätsgesicherten Versorgung mit geburtshilflichen Leistungen zu kommen.